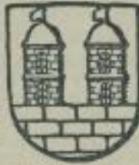


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. In den Postämtern 1,80 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Polianheiten und Verordnungen, welche die Behörden erlassen, werden nach Möglichkeit veröffentlicht. — Angelegenheiten, die die Rechte der Bürger betreffen, werden ebenfalls veröffentlicht. — Jeder Abonnent ist verpflichtet, den Betrag durch Kasse einzuzahlen. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter.

Angabenpreise laut anliegenden Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschiedene Erklärungen und Plakate werden nach Möglichkeit veröffentlicht. — Angelegenheiten, die die Rechte der Bürger betreffen, werden ebenfalls veröffentlicht. — Jeder Abonnent ist verpflichtet, den Betrag durch Kasse einzuzahlen. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 272 — 93. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresd. Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 22. November 1934

Saarfragen in Genf.

Die Sondertagung des Völkerbundesrates ist verlegt worden, wahrscheinlich auf Anfang der nächsten Woche, weil die Verhandlungen des Saarausschusses, der unter Leitung Moissis in Rom tagt, noch zu keinem Abschluss gelangt sind, der dem Rat vorgelegt werden könnte. Es muß von deutscher Seite betont werden, daß weder der römische Ausschuss noch der Rat in Genf sich mit der rein politischen Frage der Zugehörigkeit des Saargebietes zu befassen hat, sondern daß diese Frage lediglich der Entscheidung der Saarböschung, die keinem Zweifel mehr unterliegen kann, zusteht. Lediglich für formale Angelegenheiten, die für die bevorstehende Rückgliederung ins Reich vorzulegen in Frage kommen können, sind Ausschuss und Rat zuständig. Jede andere Entscheidung müßte als unzulässig von Deutschland zurückgewiesen werden, weil sie die Freiheit der Saarabstimmung beeinträchtigen würde.

Herner wird sich der Rat zu befassen haben mit den Hintergründen der Pariser Bluttat. Hier wäre es gut, wenn zunächst nicht die große Politik allzu sehr in den Vordergrund geschoben, sondern zunächst einmal festgelegt würde, ob alle in Betracht kommenden Vorgesetzten in gegenseitiger Zusammenarbeit ihre volle Pflicht getan haben, und wie die internationale Organisation zur Bekämpfung solcher politischen Verbrechen weiter ausgebaut werden kann, um ihre Wiederholung zu verhindern. Die Verknüpfung der Schuldfrage mit außenpolitischen Maßnahmen etwa des einen oder anderen Staates könnte bei der heutigen gespannten Weltlage nur neuen Ränke anhäufen. Von allen Seiten bemüht man sich daher, mäßigend auf Südtalolen, das den Schritt in Genf einzuwirken hat, zu wirken. Man fürchtet in Genf eine breite Aufrollung der saarlawischen Verschwörung, da auch Ungarn etwas gegen Südtalolen vorzubringen hat und im Verlauf der Aussprache vielleicht auch das südtalawisch-italienische Verhältnis in die Debatte gezogen werden könnte, was wiederum Frankreich auf den Plan rufen müßte. Wenn der Rat rein sachlich die Vorgänge und Ursachen der geschehenen Mordtat prüft und Vorschläge zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse macht, so kann er nicht nur wirksam, sondern auch in einer gespannten Atmosphäre arbeiten und hoffentlich die Kräfte und den guten Willen haben, die Diskussion nicht in gefährliche politische Regionen abdriften zu lassen.

Auch das Präsidium der Abrüstungskonferenz unter Vorst Hendersson hat in Genf seine Arbeiten wiederaufgenommen. Hendersson verfuhr zum hundertsten Male, diesen Leichnam zu galvanisieren. Aber die Forderungen, die, durch künstliche Beleuchtungsversuche angeleitet, dieser Konferenzdinner immer noch zeigt, machen, nachdem sie zunächst nur lächerlich gewirkt haben, nachgerade einen grünen Glanz an sich gewinnen. Schon heute gilt es allgemein als feststehend, daß die Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz im wesentlichen doch wieder den Charakter einer Verklebung der Konferenz tragen wird. So gilt es als sicher, daß die Kommission, die sich von neuem mit einem Teil der Abrüstungsfragen befassen soll, nicht vor Januar oder Februar nächsten Jahres zusammenzutreten wird, da man offenbar die Volksabstimmung in Saargebiet erst abwarten will.

532 000 Abstimmungsberechtigte an der Saar

Die Abstimmungskommission für das Saargebiet hat dem Völkerbundssekretariat einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit im September und Oktober zugehen lassen. Darin wird u. a. mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Personen am Stichtag des 26. September 532 740 betrug, von denen 55 794 außerhalb des Gebietes wohnen.

Eingehend und mit deutscher Kritik erörtert der Bericht die Masseneinsprüche, die von den beiden separatistischen Organisationen „Einheitsfront“ und „Arbeitsgemeinschaft“ gegen die Eintragungen in die Wählerliste erhoben worden sind. Außerdem wird erklärt, die Abstimmungskommission habe bei verschiedenen Gelegenheiten festgestellt, daß die örtlichen Behörden in ihrer Wehrzahl oftentundige Sympathien für die Deutsche Front hätten, daß ihre Arbeit in technischer Hinsicht aber nichtsfestwiegend korrekt und gewissenhaft gewesen sei. Es müßte auch festgestellt werden, daß dort, wo mehrfache Eintragungen derselben Personen vorgekommen seien, diese Personen selbst in vielen Fällen die Berichtigung der Listen verlangt hätten.

Einsichtlich des Ganges des Abstimmungsfeldzuges wird u. a. erwähnt, daß wiederholt der Wunsch an die Abstimmungskommission herangebracht worden sei, das Recht zum öffentlichen Auftreten in Wahlversammlungen auf die Abstimmungsberechtigten zu beschränken. Die Abstimmungskommission habe nicht geglaubt, diesem Wunsch

Laval will einen Ost- und Südostpakt.

Verhandlungen zwischen Laval, Litwinow und Eden in Genf.

Die Tagung des Völkerbundes in Genf hat Verhandlungen ergeben, die im ursprünglichen Programm nicht vorgesehen waren und die mit der ursprünglichen Tagesordnung der Vorbereitung der Saarabstimmung und dem Konflikt im Gran Chaco nichts mehr zu tun haben. Der französische Außenminister Laval, der sich hauptsächlich mit dem Versuch beschäftigt hat, Südtalolen, die Kleine Entente und den Balkanbund von einem scharfen Vorstoß gegen Ungarn und vielleicht sogar gegen Italien zurückzuhalten, hat den Mittwoch mit Verhandlungen zugebracht, in deren Mittelpunkt der russische Volkskommissar Litwinow stand.

Laval hat schon vor einigen Tagen in Paris den dortigen sowjetrussischen Botschafter Rosenbergs empfangen und mit ihm über die Genfer Verhandlungen gesprochen. Am Mittwoch hat Laval nach einer Unterredung mit dem türkischen Außenminister mit Litwinow eine lange Unterredung gehabt, der ein gemeinsames Frühstück von Laval, Litwinow und dem englischen Sonderbeauftragten Eden folgte. In den Verhandlungen war ein Teil der Mitglieder der großen sowjetrussischen Abordnung hinzugezogen. Am Nachmittag suchte, was bisher in Genf sich noch niemals ereignet hat, der englische Sonderbeauftragte Eden Litwinow in seinem Hotel auf. Darauf ging Litwinow wieder zur Fortsetzung der Verhandlungen zu Laval. Man behauptet in diplomatischen Kreisen, die über die Absichten Lavals gut unterrichtet sind, daß der französische Außenminister die Fortsetzung der Verhandlungen mit Litwinow betreibe und den Plan eines Südostpaktes und eines Ostpaktes in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik stellen wolle.

Man habe die Kleine Entente gezwungen, in ihrer Aktion wegen des Attentats von Marseille möglichst vorsichtig zu sein und die Verhandlung der südtalawischen Denkschrift, die dieser Tage veröffentlicht werden wird, auf Januar zu verlegen. Dafür müsse man der Kleinen Entente eine Gegenleistung bieten, die in der Förderung des Südostpaktes unter französischem Protektorat und demgemäß auch in der Fortsetzung der Verhandlungen über den Ostpakt besteht. Man könne vom Standpunkt der Kleinen Entente aus sagen, daß diese Verhandlungen eine gewisse Sicherheit gegen Ungarn bieten.

Kußerdem werde Italien von solchen Verhandlungen Frankreichs im Osten und Südosten viel weniger berührt, als von dem südtalawischen Vorstoß in Genf. Laval wird angeblich nach dem Abschluß der Besprechungen mit Litwinow wieder nach Paris fahren.

Man hört nicht nur in französischen, sondern auch in anderen diplomatischen Kreisen, daß in Paris eine französische Note vielleicht zugleich mit einer russischen Note an Polen vorbereitet werden soll. In dieser Note soll Polen um eine endgültige Entscheidung über den Beitritt zum sogenannten Ostpakt befragt werden. Es haben bereits Verhandlungen Frankreichs mit Litauen und mit der Tschechoslowakei über die Bedenken stattgefunden, die Polen gegenüber diesen Ländern wegen der Streitfragen bei den bisherigen Erörterungen über den Ostpakt erhoben hat. Der polnische Außenminister Beck ist zu den Genfer Verhandlungen nicht erschienen und konnte infolgedessen auch in die Besprechungen zwischen Laval und Litwinow nicht einbezogen werden, so daß Polen noch freie Hand zur Entscheidung hat.

Der Führer zu kurzem Besuche in Dresden.

Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg weilt bekanntlich seit einigen Wochen in Dresden in einem Sanatorium zur Kur. Der Führer und Reichsfeldmarschall Adolf Hitler stattete ihm am Mittwoch, von München kommend, im Sanatorium einen Besuch ab.

Osterreich fordert Gleichberechtigung.

Im Laufe der Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz gab der Vertreter Osterreichs, Baron Pfügl, die Erklärung ab, seinem Abrüstungsabkommen zustimmen zu können, ehe nicht auch Osterreich die Gleichberechtigung wenigstens hinsichtlich der Verteidigungswaffen erhalten habe.

Ein Marsch auf Washington?

Angedachte Putschpläne in den Vereinigten Staaten. Die „Evening Post“ in Newyork hat Berichte über einen angeblichen Putschplan veröffentlicht, die ungeheures Aufsehen erregten. Nach den Enthüllungen des genannten Blattes handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als einen Militärputsch, der zur Errichtung einer Diktatur in Washington führen sollte. Danach soll der Mitinhaber einer bekannten Newyorker Wasserfirma, Gerald MacGuire, im Auftrag einiger reicher Wallstreetbankiers an den früheren Oberbefehlshaber des Marinekorps, General Vuttler, herangetreten sein und versucht haben, den General zur Uebernahme der Leitung des Putschs zu veranlassen. Vuttler sollte nach dem Plan mit einem Heer von Kriegsveteranen nach Washington marschieren, die Regierung zum Rücktritt zwingen und eine faschistische Militärdiktatur errichten.

General Vuttler hat, da er die Pläne ablehnte, sofort die zuständigen Behörden verständigt. Die Untersuchungskommission des Senats ist darauf bereits am Mittwoch zusammengetreten und hat sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. General Vuttler hat in zweifelhafte Ausführungen über den Putschplan berichtet und dabei u. a. erklärt, daß man ihm drei Millionen Dollar versprochen habe, falls er den Marsch auf Washington durchzuführen würde. Der stellvertretende Vorsitzende der Untersuchungskommission, Dickstein, kündigte an, daß in den weiteren Verhandlungen noch viel bekannte Namen als der Vuttlers im Zusammenhang mit dem Putsch genannt werden würden. Gerald MacGuire befreit im übrigen auf das energischste, an Vuttler mit dem genannten Vorschlag heranzutreten zu sein.

Genfer Trauerkundgebung für die Opfer von Marseille.

Aussprache über die südtalawische Denkschrift erst im Januar.

Die Vollversammlung des Völkerbundes, der zu einer außerordentlichen Tagung in Genf zusammengetreten ist, begann ihre Verhandlungen mit einer Trauerfeier für König Alexander von Südtalolen und Barthou. Für die Sitzung des Völkerbundes waren Sicherheitsmaßnahmen getroffen, wie sie bisher nicht üblich waren. Überall waren Detektive verteilt. Die schweizerischen Behörden hatten von Drohverleihen Kenntnis erhalten, in denen von Attentatsabsichten die Rede ist. Die Sorge war besonders groß geworden, nachdem man angeblich in Rizza einen gewissen Mißverständnis auf den tschechoslowakischen Außenminister nachweisen konnte.

Im Zeichen dieser allgemeinen Sorgen beschränkte man sich bei der Trauerkundgebung des Völkerbundes auf eine Ansprache des tschechoslowakischen Außenministers und Staatspräsidenten Beneß, der den König Alexander und Barthou als Freunde des Friedens und des Völkerbundes verherrlichte. Es antwortete der südtalawische Außenminister Festlich. Er sprach von einem organisierten Verbrechen, dem König Alexander und Barthou zum Opfer gefallen seien.

Die Besprechungen, die über die südtalawische Aktion gegen Ungarn stattgefunden haben, endeten mit dem Übereinkommen, daß Südtalolen zwar noch während der jetzigen Ratstagung seine Denkschrift gegen Ungarn überreichen, daß die Behandlung der Denkschrift aber erst im Januar erfolgen soll.